

TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure



25. JAHRGANG

BERLIN, 5. NOVEMBER 1934

Nr. 9, S. 181—196



Dr.-Ing. K. Langen in Dortmund:

Welche Gründe sprechen für einen zwangsweisen Zusammenschluß aller technischen Akademiker?

Die nachstehenden Ausführungen beruhen auf einem Vortrag, den der Verfasser am 23. Juli 1933 im Bezirksverein Dortmund des VDDI gehalten hat. Wir stellen die Darlegungen, die sehr beachtenswerte Gesichtspunkte enthalten, zur Besprechung und behalten uns unsere eigene Stellungnahme vor.
Die Schriftleitung.

Muß es in der heutigen Zeit, die sich die restlose Verwirklichung der Volksgemeinschaft zum Ziele gesetzt hat, nicht als reaktionär aufgefaßt werden, ein solches Thema zu behandeln, in dem von „Akademiker“ und deren besonderem Zusammenschluß die Rede ist?

In der Tat, man kann da und dort aus dem Kreise unserer Fachgenossen die Meinung hören, daß ein Zusammenschluß von „Akademikern“ nicht mehr in unsere Zeit paßt, und daß deshalb jetzt auch der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, als Ausdruck einer überwundenen Zeitepoche, aufgelöst werden müßte. Dabei wird häufig darauf hingewiesen, daß man zur Pflege der Geselligkeit, die in den Bezirksvereinen geübt würde, keinen Zusammenschluß brauche; andere aber erheben den schwerwiegenden Vorwurf des Ständesdünkels, der durch einen solchen Zusammenschluß dokumentiert und auch gepflegt würde.

Um es vorweg zu nehmen: Die Pflege der Geselligkeit darf nicht nur ein Programmpunkt des Verbandes sein, sie muß es vielmehr sein. Und die naturnotwendige Bekämpfung des Ständesdünkels kann auch nur wirksam in der Organisation selbst geschehen.

Es geht in Wirklichkeit darum, ob von höherer Warte gesehen ein Zusammenschluß aller Diplom-Ingenieure einen Zweck hat. Dabei ist die Frage nicht, ob die Diplom-Ingenieure einen Vorteil von einem solchen Zusammenschluß haben, sondern: Dient ein Zusammenschluß aller Diplom-Ingenieure unserer Volksgemeinschaft?

Für die Beurteilung dieser Frage muß man von den Aufgaben ausgehen, die solchem Zusammenschluß gestellt sind.

Im Vordergrund ist die Ausbildungsfrage, die Sorge um unseren Nachwuchs. Schon allein diese Aufgabe rechtfertigte die Gründung einer Vereinigung, damit jeder Diplom-Ingenieur an der bedeutungsvollen Hochschulreform mitarbeiten kann. Man muß es einmal miterlebt haben, mit welcher Liebe die Mitglieder des „Deutschen Ingenieur-Verbandes“ (d. h. die Absolventen

der HTL, der früheren Höheren Maschinenbau-schulen) dafür sorgen, daß ihre Ausbildungsanstalten sich weiterentwickeln und immer höheren Anforderungen gerecht werden! Dann versteht man nicht die Gleichgültigkeit so vieler Diplom-Ingenieure gegenüber den Hochschulfragen, insbesondere auch gegenüber früheren Versuchen, die Vorbildungsanforderungen stark herabzumindern. Der Verband hat sich glücklicherweise mit allen Mitteln gegen diesen Plan gewehrt; wenn wir nämlich unser Akademikertum, und darunter ist in diesem Falle eine den Absolventen der Universitäten gleichwertige Allgemeinbildung zu verstehen, aufgeben, dann können wir keine Führerstellungen in unserer Volksgemeinschaft beanspruchen. Die richtige Allgemeinbildung gibt erst den richtigen Ueberblick über die Zusammenhänge des Lebens, und zwar vornehmlich in Staat und Wirtschaft aber auch in der Technik selbst.

Daß wir Ingenieure uns infolge unserer technisch-physikalischen Ausbildung und der damit verbundenen klaren Geistesschulung zu Führerstellungen im Staate oft ganz besonders gut eignen, läßt sich nicht mehr bezweifeln. Oft genug wird aber darüber geklagt, daß uns die nötige Allgemeinbildung fehle! Dem Verstand fehle gewissermaßen das Herz, und mit Menschen ohne Herz ist auf die Dauer eine Zusammenarbeit nicht möglich. So konnte man kürzlich lesen, der Techniker werde erst dann für das Leben brauchbar, wenn der technisch-physikalischen Ausbildung eine geisteswissenschaftliche Schulung zur Seite träte („Technik und Wirtschaft“, Juni 1934, S. 175). Dies ist aber das Ziel der von unserem Verband so eifrig verfochtenen Hochschulreform, die leider von manchen Kreisen ebenso eifrig bekämpft wird, nämlich von allen denen, die nur an unseren fachlich-technischen Fähigkeiten interessiert sind oder die uns gerne aus anderen, meist eigennützigen Gründen von einem größeren Arbeitsfeld fernhalten möchten. Dies beweist jedoch nur, daß die Hochschulreform wichtiger ist, als viele Diplom-Ingenieure denken. Wir können aber nicht erwarten, daß irgend ein anderer Ver-

band sich mit derselben Wärme für diese Sache einsetzt. Die Hochschulreform ist daher unsere eigene Sache, die aber gleichzeitig eine Sache der Volksgemeinschaft ist, denn ohne die Mitarbeit der Ingenieure an leitenden Stellen im öffentlichen Leben geht es auf die Dauer nicht.

Eine weitere Aufgabe ist die Weiterbildung der im Beruf stehenden Diplom-Ingenieure. Da werden viele sagen: „Das ist Sache des Einzelnen, und im übrigen haben wir die verschiedenen technisch-wissenschaftlichen Vereine, für die technisch-wissenschaftliche Fortbildung ist also gut gesorgt.“ Dies ist zweifellos richtig, aber die Allgemeinbildung kommt zu kurz. Dabei ist allerdings nicht an die übliche Allgemeinbildung gedacht, sondern an eine solche, die sich auf die an der Hochschule gewonnene weiter aufbaut, so daß man von einer wirklichen Fortbildung der Diplom-Ingenieure sprechen kann. Im Bezirksverein Dortmund wurde in den vergangenen Jahren bereits so gearbeitet, daß bei den Versammlungen kurze Referate über kulturelle oder allgemeinwissenschaftliche Fragen gehalten wurden, an die sich immer sehr lebhaftere Aussprachen anschlossen. Dies müßte noch öfter geschehen und auch von der Verbandsleitung geradezu gefordert werden. Nebenbei ist es auch die beste Waffe im Kampfe gegen den Vorwurf, wir pflegten den Standesdünkel, wenn wir in dieser Weise positive Arbeit leisten und dabei gleichzeitig zu erkennen geben, daß wir uns noch nicht für vollkommen halten und auch noch lernen wollen.

Wichtig ist dann auch eine engere Fühlungnahme mit den Akademikern der anderen Fakultäten. Dadurch erhielten wir nicht nur einen weiteren Gesichtskreis, wie man ihn von Führernaturen verlangen muß, wir würden auch die Zusammenarbeit mit den anderen Berufsständen ganz wesentlich erleichtern. Es gibt — gerade auch in der neuen Zeit — so viele Aufgaben, die wir gemeinsam lösen müssen, daß dieses gegenseitige Kennenlernen von größtem Nutzen ist. Dabei käme auch den anderen Berufen eine gewisse Durchdringung mit technisch-wissenschaftlichem Denken nur zugute. Es sollte daher besonderer Wert auf einen Austausch von Vortragenden Wert gelegt werden, um dadurch das gegenseitige Verstehen zu fördern.

Hinsichtlich der Pflege der Geselligkeit ist zunächst zu sagen, daß es eine völlig irrierte Ansicht wäre, wenn im Zusammenhang mit einer Kritik des VDDI dieser bzw. seine Bezirksvereine als „Vergnügungsvereine“ gekennzeichnet würden. Wo dies der Fall sein sollte, kann es sich nur um eine Unkenntnis des ernsthaften Wollens und der Arbeit des Verbandes handeln, wenn man nicht Böswilligkeit annehmen will.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß tatsächlich in den letzten Jahren die Pflege der Geselligkeit zu kurz gekommen ist. Und das sollte nicht sein; es ist eine wichtige Aufgabe, die älteren und jüngeren Fachgenossen einander näherzu-

bringen. Denn zwischen Alter und Jugend bildet sich immer leicht ein Gegensatz, der unter anderem der richtigen Zusammenarbeit und damit auch dem technischen Fortschritt hinderlich sein kann. Durch einen geeigneten außerdienstlichen Verkehr kann die Zusammenarbeit dagegen ganz wesentlich erleichtert werden. Für den dienstlichen Aufstieg und die Verwendung für bestimmte Aufgaben ist außerdem das gesellschaftliche Auftreten des Dienstnehmers oft nicht ohne Belang. Es werden übrigens auch bei geselligen Veranstaltungen oft genug ernste Fragen behandelt. Es ist aber auch eine Pflicht unseres Verbandes, die Geselligkeit zu pflegen; denn der Kampf gegen Philisterhaftigkeit und Muckertum liegt im Allgemeininteresse, da er sich auch gegen die Miesmacher wendet, und er im Sinne des geflügelten Wortes: „Kraft durch Freude“ arbeitet.

Und nun der schlimme Vorwurf des Standesdünkels. Wenn ein Arbeiter zum Vorarbeiter wird, so dauert es nicht lange, und seine ihm früher gleichgestellten Kameraden sagen zu ihm: „Du glaubst wohl jetzt etwas Besseres zu sein als wir“. Und in ähnlicher Lage befinden sich auch die Diplom-Ingenieure. Dazu kommen allerdings bei uns noch besondere politische Beweggründe, über die man sich am besten Aufklärung holt aus dem Ueberblick über die Verbandsgeschichte („Technik und Kultur“ 25 (1934) 105—109):

... „Standesdünkel“ und „Titelsucht“ wurden zu Schlagworten im Kampfe gegen den VDDI, und sie wurden in der Folge auch von anderen Kreisen aufgegriffen. Diese „Greuelügen“ — wie man solche Erfindungen zum Zwecke der Schädigung heute nennt — sind wie alle Lügengerüchte zäh und erben sich fort. Beide Schlagworte haben sich bis zum heutigen Tage fortgeerbt, und man darf überzeugt sein, daß ihre Anwender die Herkunft überhaupt nicht kennen. Den „Standesdünkel“ erfand der Gewerkschaftsfunktionär Dipl.-Ing. H. Medele (BtIB), und er sah ihn in der Tatsache der Verbandsgründung, durch die sich die Diplom-Ingenieure von der Einheitsgewerkschaft absondern wollten . . .

Nun könnte man vielleicht annehmen, es genüge, wenn wir im Kampf gegen den Vorwurf des Standesdünkels darauf hinweisen, daß das Wort marxistischen Ursprungs ist, oder auch darauf, daß jeder Vorwärtsstrebende einmal diesen Vorwurf zu hören bekommt.

So einfach liegt jedoch die Sache durchaus nicht. Wir müssen vielmehr den Vorwurf sehr ernst nehmen und müssen klarstellen, daß er zum mindesten nicht bei den in unserem Verband zusammengeschlossenen Diplom-Ingenieuren zutrifft. Dazu gibt es aber verschiedene Wege. So wurde z. B. bisher viel zu wenig betont, daß das Diplom-Examen oder auch die Dr.-Promotion noch lange keinen Abschluß unserer Ausbildung bedeuten. Rein äußerlich gesehen ist es zwar der Fall, und es soll auch Diplom-Ingenieure geben,

die nichts mehr hinzulernen wollen und sich im Verkehr mit ihren Untergebenen entsprechend benehmen. Solchen Fachgenossen wird ganz mit Recht Standesdünkel vorgeworfen. Sodann gibt es aber auch solche, die zwar diesen Dünkel nicht haben, die jedoch ängstlich vermeiden, es sich anmerken zu lassen, daß sie noch lernen wollen. Dies ist aber grundverkehrt, sie täuschen gewissermaßen Standesdünkel vor und wissen nicht, wie sehr sie unserem ganzen Stande dadurch schaden. Wir sollten ruhig zugeben, daß wir uns noch nicht für vollkommen halten, dann wird man uns keinen Standesdünkel vorwerfen. Unser Verband muß in den Ruf kommen, daß er die Vereinigung der Diplom-Ingenieure ist, die noch lernen wollen. Dazu gehört freilich, daß wir schon bei der Werbung von Mitgliedern nicht nur von der Vertretung unserer Standesinteressen und von kameradschaftlichem Verkehr, sondern auch von der Weiterbildung unserer Mitglieder sprechen. Eine Weiterbildung aller technischen Akademiker ist dringend notwendig, und zwar nicht nur zur Bekämpfung des Standesdünkels, sondern überhaupt im Staatsinteresse, denn sie müssen wie alle anderen Volksgenossen immer eingehender mit den Lehren des Nationalsozialismus vertraut gemacht werden, und das geschieht am wirksamsten unter Ausnutzung der an den Hochschulen erhaltenen Vorbildung. Dies ist einer der wichtigen Gründe für einen zwangsweisen Zusammenschluß aller technischen Akademiker. Ein weiterer Grund ist aber: Der Staat stellt für die Unterhaltung der Technischen Hochschulen bedeutende Mittel zur Verfügung. So soll auf jeden Diplom-Ingenieur ein Betrag von 12 000 RM entfallen, den der Staat aufzuwenden hat. Schon allein diese Summe zeigt, daß der Staat einen berechtigten Anspruch auf die Mitarbeit aller Diplom-Ingenieure hat. Er muß sie auch nach Verlassen der Hochschule noch auf irgend eine Weise erreichen können! Jedenfalls liegt es durchaus im Staatsinteresse, wenn eine Organisation — und das müßte unser Verband sein — sich um die Sammlung aller Diplom-Ingenieure bemüht, um ihnen immer wieder vorzuhalten: „Ihr habt dem Staat eine große Dankeschuld abzutragen, und der Staat kann verlangen, daß ihr euch nur zum Wohle unseres Volkes und Vaterlandes betätigt.“

In der oben schon angezogenen Verbandsgeschichte („Dem Ziele entgegen . . .“) ist im Abschnitt „Im Zwischenreich“ aus dem Jahre 1920 (also vor 14 Jahren) zu lesen:

... Der Kampf gegen das Akademikertum hat auf der ganzen Linie eingesetzt. Weichen die Akademiker dem Kampf aus, stellen sie sich weiter — wie man so sagt, auf den Boden der Tatsachen, dann hat das Akademikertum keine Berechtigung mehr. Das Akademikertum besteht aber doch letzten Endes darin, den Beruf von der höheren wissenschaftlichen Warte auszuüben als Beauftragte des Volkes, so die hohe

Berufsauffassung während, die die Akademiker stets zum Besten der Volksgesamtheit auszeichnete. Nicht die Ueberhebung über solche, denen akademische Ausbildung nicht zu eigen wurde, kennzeichnete den wahren Akademiker, sondern sein Streben, mehr zu leisten und größere Pflichten zu übernehmen; vermöge seines weiteren Gesichtskreises, seiner besseren Einsicht wahre Gemeinschaftsarbeit zu leisten. In dieser Richtung haben die akademischen Berufsverbände im alten Staat gearbeitet. Und erst wenn der Beweis erbracht wird, daß Staat und Volk keinen Nutzen aus der Arbeit der akademischen Berufsverbände gezogen haben, dann wollen wir als Berufsverband kapitulieren.

Ueber dem eigenen Interesse steht das Vaterland. Verlieren wir uns nicht in dem Streben, lediglich die eigene wirtschaftliche Kraft zu stärken, arbeiten wir mit dem Ziele der Gemeinsamkeit. Es bedarf heute das Volk ein Vorbild höchsten Pflichtbewußtseins und selbstlosester Pflichterfüllung. Dazu ist der Akademiker in erster Linie berufen. Verlieren wir dies aus dem Auge, dann geben wir die Zukunft auf.

Und Arbeit für die Zukunft des deutschen Volkes ist es, was wir leisten wollen und müssen. Schließen wir darum eng die Reihen zu einer einheitlichen Front der akademischen Techniker im VDDI. Arbeit im Verband ist Arbeit für das Vaterland. . . .

Und im vorletzten Absatz des Aufsatzes werden Idee und Ziel des Verbandes so gefaßt:

... Den Ingenieurstand zu schaffen, der sich vermöge seines hohen Berufsethos und seiner Leistungsfähigkeit voll in den Dienst der kulturellen Höherentwicklung der Volksgesamtheit stellt. . . .

Die Verbandsleitung war also schon immer auf dem richtigen Wege. Sie paßt auch mit ihren Gedankengängen durchaus in die heutige Zeit! Aber dem Verband drohen Gefahren, die durchaus nicht leicht zu nehmen sind. Der schlimmste Feind befindet sich dabei leider im eigenen Lager, es ist die Interesslosigkeit der eigenen Standesgenossen. Es ist zwar nicht immer Eigennutz, der nur fragt: „Welche Vorteile bietet mir persönlich der Verband?“, es ist vielmehr zum guten Teil mangelndes Verständnis für den Idealismus der Verbandsarbeit. Dieser Idealismus paßte allerdings auch in die vergangenen 14 Jahre des Verfalls sehr wenig hinein, und die Nachwirkungen der unseligen Zeit können leider nicht so rasch verschwinden.

Unverkennbar ist, daß man heute da und dort einen Pessimismus hinsichtlich der künftigen Arbeitsmöglichkeit des Verbandes bzw. einer Zusammenfassung der technischen Akademiker antrifft. Solcher Pessimismus paßt nicht in unsere Zeit; diese verlangt kämpferische Menschen, die sieghaft auf dem einmal als richtig erkannten Weg weiterschreiten. Die Fragestellung ist hier klar aufgezeigt: Dient ein Zusammenschluß unserer Volksgemeinschaft? Wer diese

Frage bejaht, und sie ist auf Grund der Darlegungen wohl zu bejahen!, der muß sich für die Verwirklichung einsetzen. Wer dies nicht tut, wer gleichgültig oder resignierend beiseite steht, schaltet sich selbst aus der Mitarbeit am Neubau des Staates aus, und zwar gerade auf dem ihm von der Natur zugewiesenen Gebiet.

In 25 Jahren hat der Verband ein von hohem Idealismus und hoher Berufsauffassung getrage-

nes Gedankengut erarbeitet, das Wohl des Vaterlandes war ihm immer höchstes Gesetz. Dieses Gedankengut wird Bestand haben. Unsere Aufgabe ist gewissermaßen nur, es für die neue Zeit wirksam zu machen, den Kampf gegen alle kleintlichen und eigennützigen Bedenken mutig aufzunehmen und dabei uns auch gerne einem gewissen Zwang zu unterwerfen, denn es handelt sich um einen Dienst am Vaterland.

Dr. Emil Bardey in Bochum:

Die Wirtschaft von morgen

Das große Ziel: Von der Erstarrung zur Bewegung!

Mit freundlicher Erlaubnis entnehmen wir die folgenden Ausführungen dem Buche des Verfassers: „Zauber der Planwirtschaft“, das soeben im Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart und Wien, erschienen ist, und wir verweisen zugleich auf die Besprechung dieser sehr beachtlichen Neuerscheinung über eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit im August-Heft auf Seite 157.

Die Schriftleitung

Auch wenn die Wirtschaft von morgen anders aussehen wird als die Wirtschaft von heute und gestern, wird die neue Wirtschaft im neuen Reich doch mit der Wirtschaft von gestern das eine gemeinsam haben, daß ihre Grundelemente Optimismus, Vorwärtstreben, Bewegung, Leben und Kampf sein werden! Denn Leben und Kämpfen ist eins!

Dies muß noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt, und es muß weiter klar herausgestellt werden, daß in der Wirtschaft von morgen kein Platz ist für solche Wirtschaftler, für solche Unternehmer, die von dem gemeinen Nutzen als oberstem Grundsatz reden und damit weiter nichts meinen als satte Behäbigkeit, als bequeme Ruhe und das möglichst mühe- und gefahrlose Einstreichen einer möglichst hohen Rente unter staatlichem Schutz und behördlicher Kaltstellung aller unbequemen Wettbewerber.

Nein, wer in der neuen Wirtschaft im neuen Reich seinen Platz behaupten will, wird sich schon selber tummeln und sich, um mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker Pleiger zu sprechen, ein für allemal abgewöhnen müssen, „von der Bürokratie Hilfe gegen den Konkurrenten zu erbetteln“ und „auf den Krücken der Staatshilfe zu gehen“¹.

Risikolos kann nur eine erstarrte Wirtschaft sein. Risikolosigkeit als oberster Grundsatz der Wirtschaft von morgen würde also nicht etwa eine Erlösung von der Erstarrung bringen, die sich nach dem Kriege so unheilvoll über die deutsche Wirtschaft gelegt hat; sie würde vielmehr gleichbedeutend mit der Verewigung der Erstarrung sein oder doch sehr rasch einer vorübergehenden Belebung eine dauernde Erstarrung folgen lassen.

Daher kann auch das Ziel niemals heißen: Beseitigung des Risikos und unbedingte Sicher-

heit für jeden Wirtschaftler durch Verewigung der Erstarrung!

Die Losung muß vielmehr lauten: Weitere natürliche Ausdehnung des Wirtschaftsvolumens durch organische Vermehrung und Verbesserung der Gütererzeugung und damit ständige Hebung des Lebensstandards gerade der breiten Bevölkerungsmassen! Wobei noch einmal ausdrücklich, um eine Besserung von Dauer zu erreichen, eine organische Steigerung des Wirtschaftsvolumens und somit ein natürliches Wachstum verlangt wird, also die Inganghaltung oder zunächst Ingangsetzung der Wirtschaft durch die ihr eigenen Gesetze!

Ausdehnung, Vermehrung und Verbesserung sind aber nur da möglich, wo auch Leben und Bewegung ist. Das große Ziel, das es zu erreichen gilt, heißt also: Von der Erstarrung zur Bewegung!

Es darf also nicht wahr werden, daß die deutsche Wirtschaft, um mit Liefmann zu reden², eine „stationäre“, also stagnierende „ausdehnungsfähige“, wird, sondern sie muß eine „expansive“ bleiben!

Dabei sei gleich noch bemerkt, daß man diese von Liefmann festgestellte Tendenz zur stationären Wirtschaft natürlich nicht³ dadurch abwendet, daß man derartige Feststellungen als einem unzeitgemäßen Pessimismus entspringend erklärt, sondern nur dadurch, daß man alle planwirtschaftlichen Maßnahmen nach Möglichkeit unterläßt und auf diese Weise praktisch daran mithilft, daß es nicht wahr wird, daß Deutschland sich im Uebergang von einer expansiven zu einer stationären Wirtschaft befindet.

Wer sich noch der Vorkriegszeit und insbesondere der Jahre erinnert, in denen die deutsche Wirt-

² Liefmann: „Grundsätzliche Betrachtungen zur Bank-enquête“ in der „Deutschen Bergw.-Ztg.“ vom 17., 21. und 26. Oktober 1933.

³ Wie Rehm dies in seinem Aufsatz „Stationäre Wirtschaft“ in den „Wirtschafts-Nachrichten“ des Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft Nr. 23. vom 1. Dezember 1933, S. 365 ff. tut.

¹ Nach „Technik und Wirtschaft“ 1934, Heft 2.

schaft zu dem wurde, was sie heute ist, weiß, daß damals die ganze Wirtschaft sich in ständiger Bewegung, in einem immerwährenden Fluktuieren befand: Die alten Betriebe vergrößerten sich, neue Betriebe entstanden und dehnten sich wiederum aus. Die Erzeugung vermehrte sich, die Löhne und damit das Lebensniveau der breiten Masse zeigten eine aufsteigende Kurve. Die Kaufkraft wuchs, der Wohlstand wurde größer. Obgleich die Steuern weit niedriger waren als heute, stieg das Aufkommen daraus fast stetig. Das gleiche galt auch für die sozialen Lasten. Die Arbeitsunfähigen, Alten und Schwachen erhielten eine auskömmliche Rente. Die Beamten konnten ausreichend bezahlt werden.

Nicht nur der Unternehmer kam weiter, sondern auch der Angestellte und Arbeiter hatte Fortkommensmöglichkeiten. Der Arbeiter rückte zum Meister auf, der Meister zum Betriebsleiter, der kleine Angestellte wurde später Prokurist und Direktor oder, wenn er sich selbständig machte, ein erfolgreicher Unternehmer.

Kleine unbedeutende Betriebe vergrößerten sich zu ausgedehnten Werken von Weltruf.

Wer arbeiten wollte, fand Arbeit und wer strebsam war, kam weiter!

Alles in allem war es ein Zustand, der uns heute märchenhaft anmutet. Denn unsere Ansprüche sind infolge der zermürbenden Dauerkrise der Nachkriegszeit recht bescheiden geworden. Wir sind geneigt geworden, auf Weiterentwicklung zu verzichten und es schon als einen Erfolg zu buchen, wenn es nur gelingt, zu erreichen, daß die Rückwärtsentwicklung zum Stillstand wird und nicht noch mehr verloren geht.

In der Nachkriegszeit ist die deutsche Wirtschaft eingefroren! An die Stelle der Bewegung ist die Erstarrung getreten. Die Wirtschaft ist nicht mehr „expansiv“, und sie droht ein für allemal „stationär“ zu werden.

Aber die Wirtschaft darf und wird nicht stationär werden! Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß sein, das Eis zu brechen, die Erstarrung zu lösen, die Bewegung zunächst langsam und dann schneller, größer und größer werden zu lassen, auf diese Weise die wirtschaftliche Blüte der Vorkriegszeit, veredelt durch eine höhere, weniger materielle Zielsetzung wiederherzustellen und so, um mit Goethe zu sprechen⁴, zu eröffnen vielen Millionen, „nicht sicher zwar (!), doch tätig frei zu wohnen!“

* * *

Der Mittel und Wege zu diesem großen Ziel: „Von der Erstarrung zur Bewegung!“ gibt es natürlich eine Menge.

So müssen vor allem die oben aufgezeigten, außerhalb der Wirtschaft liegenden Ursachen für die Krise beseitigt werden. Denn nur, wenn man die Ursachen der Krise wegräumt, wird auch ihren verheerenden Folgen, der Arbeitslosigkeit und dem allgemeinen Elend, endgültig der Garaus gemacht werden können! Es muß sich also eine gesunde, vorbildliche Finanzpolitik des Staates (und zwar Steuer- und Geldpolitik!) mit einer

Befestigung des Vertrauens paaren. Dafür, daß dies geschieht, ist das Neue Reich ein Garant, wie ihn die Wirtschaft in dieser Stärke und Zielsicherheit wohl kaum jemals besessen hat!

Aber auch die Wiederherstellung des Vertrauens und die beste Geldpolitik des Staates werden nichts nützen, wenn nicht die organische Wirtschaftsbelebung sich auch darauf erstreckt, daß entsprechend dem Grundsatz der neuen Wirtschaftspolitik, daß der Staat nicht selber wirtschaften soll, überall da, wo er durch die falsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit wie auch durch die Uebersteigerungen der freien Wirtschaft selber ausgeschaltet wurde, der Mann wieder eingeschaltet und zu Ehren gebracht wird, den wir in unseren Darlegungen über die Grundlagen der freien Wirtschaft als ihren Motor bezeichnet haben, nämlich der Unternehmer!

Welche Aufgaben ihm gesetzt sind, das zeigen vielleicht am besten die vom Reichswirtschaftsminister Ende 1933 aufgestellten Grundsätze für die deutsche Wirtschaftspolitik⁵. Danach wäre es

„eine völlige Verkennung nationalsozialistischen Geistes, von ihm eine Drosselung, Schematisierung oder gar Nivellierung zu erwarten.“

Das Reich wird sich nach diesen Grundsätzen vielmehr darauf beschränken müssen,

„der Wirtschaft eine Organisation zu geben, in der sie in eigener Verantwortung und unter möglicher Aufrechterhaltung der individuellen Leistungsfähigkeit sich selbst verwaltet“;

und weiter wird danach die Regierung dafür Sorge tragen,

„daß die Befähigung und Entschlußfreiheit des einzelnen nicht mehr eingeschränkt wird, als es das Interesse der Gesamtheit gebietet!“

Eine gute Ergänzung zu diesen Grundsätzen bedeuten endlich die schon mehrfach angezogenen programmatischen Erklärungen des Reichswirtschaftsministers in Verbindung mit den Äußerungen des neuen Führers der deutschen Industrie Kessler anlässlich der Verkündung des Gesetzes über den organischen Aufbau der deutschen Wirtschaft⁶. Denn hier gehen die Grundgedanken dahin, daß auch in Zukunft wirtschaftlich weitergekämpft werden soll, daß es ohne ehrlichen Konkurrenzkampf nicht geht und daß man dazu den selbständigen Unternehmer, „der mit seinem Unternehmen auf Gedeih und Verderb verbunden ist“, nicht entbehren kann.

Der Führer zu dem Ziel einer neuen Wirtschaftsblüte wird demnach der wahrhaft freie, verantwortliche Unternehmer sein.

Verantwortlichkeit, die oben zu Beginn unserer Untersuchungen schon als eins der hervorstechendsten Merkmale des Unternehmers bezeichnet wurde, und wahre Freiheit sind also die Hauptmerkmale des Unternehmers der Wirtschaft von morgen!

⁵ Reichswirtschaftsminister Nr. Schmitt am 11. Dezember 1933 in Berlin vor der in- und ausländischen Presse.

⁶ Am 13. März 1934.

⁴ Faust 2. Teil 5. Akt.

Wahrhaft frei ist nicht der, der hemmungslos alles das tut, was ihm seine Triebe vorschreiben; dieser ist vielmehr in Wahrheit unfrei, denn er ist ein Knecht seiner Instinkte. Wahrhaft frei ist nur, wer aus freiem Willen ein höheres Sittengesetz als seinen nackten Eigenwillen und Eigennutz zum Motiv seines Handelns macht und der somit zum Herrn seiner Triebe geworden ist.

Eine derartige, richtig verstandene Freiheit birgt aber auch schon das zweite Merkmal des Unternehmers, das der Verantwortlichkeit, in sich. Denn Freiheit beruht ja auf der Erkenntnis der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, oder wie der Führer einmal gesagt hat⁷ auf der Erkenntnis, „daß das höhere Lebensinteresse der Gesamtheit den Interessen des einzelnen die Grenze ziehen und Pflichten auferlegen muß.“

So aufgefaßt, ist Verantwortlichkeit gleichsam ein moralisches Gefühl, ein Sittengesetz, das den Menschen dazu treibt, von der Freiheit den rechten Gebrauch zu machen, also eben „wahrhaft“ frei zu werden.

Die Verantwortlichkeit ist aber nicht nur ein Gefühl, ein Gebot oder Sittengesetz, sondern sie ist auch ein Handeln, das darin besteht, daß der, der verantwortlich für eine Handlung ist, auch die Folgen dieser Handlung auf sich nimmt, daß er für seine Handlungen „einsteht“.

Und auch in dieser Hinsicht steht die Verantwortlichkeit wiederum in Wechselwirkung zur Freiheit!

Verantwortlich sein für seine Handlungen, für sie eintreten, kann man nämlich nur, wenn man bei Vollbringung der Handlung frei gewesen ist!

Die Verantwortlichkeit bedingt also Freiheit! Und daher ist es auch das Hauptmerkmal des wahrhaft freien verantwortlichen Unternehmers, daß er innerhalb der Grenzen, die ihm die recht verstandene Freiheit vorschreibt, selbständig handeln kann, daß nicht andere, seine Entschließungen treffen, daß er eben

⁷ Am 7. 10. 1933 in Hameln auf dem Erntedankfest.

ein Mittler, ein Führer im wahren Sinne des Wortes ist!

Verantwortung kann also schließlich — und das folgt ebenfalls hieraus — auch nicht geteilt werden. Denn⁸ „geteilte Verantwortung ist nicht halbe Verantwortung, sondern gar keine Verantwortung!“ Und auch hieraus folgt wieder, daß Verantwortung ein gewisses Maß von Freiheit voraussetzt, daß der Unternehmer neben den Pflichten auch Rechte haben und daß der Einzelbetrieb immer die Grundlage der Wirtschaft bleiben muß, daß also⁹ „das Schicksal der Wirtschaft mit dem Einzelbetrieb steht oder fällt“.

Der wahrhaft freie, verantwortliche Unternehmer, der seine Arbeit in diesem Sinne auffaßt, und dem die Gemeinschaft diese für die Erfüllung seiner großen Aufgabe nötige „verantwortliche Freiheit“ gewährleistet, wird in Wahrheit ein Wirtschaftsführer sein. Denn er wird nicht nur durch kluges Wägen und kühnes Wagen das Feld der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten ausbauen und erweitern, sondern ihm wird auch, da sein Führertum sich letzten Endes nicht aus Besitz, sondern aus der Befolgung einer hohen, sittlichen Idee herleitet, der von dem Irrwahn, daß die Arbeit eine unwürdige Fron sei, befreite Arbeiter willig folgen.

So wird der wahrhaft freie, verantwortliche Unternehmer in der vom Staat nach den großen Gesichtspunkten des Gemeinwohls geführten Wirtschaft von morgen den Mittler abgeben für die Lösung der Erstarrung, die sich über die deutsche Wirtschaft gelegt hat, und in treuer Zusammenarbeit mit seiner Gefolgschaft zu seinem Teil mit beitragen zur Herbeiführung einer neuen wirtschaftlichen Blüte:

Zum Segen der Gemeinschaft,
zum Heile des deutschen Volkes!

⁸ Adolf Weber: „Die Wirtschaft im neuen Staat“ in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ Nr. 646 vom 20. Dezember 1933.

⁹ Adolf Weber: „Die Wirtschaft im neuen Staat“ in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ Nr. 646 vom 20. Dezember 1933.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz in Berlin:

Universitas litterarum

Eine grundsätzliche Rechtfertigung der Hochschulpolitik des Verbandes

Zum Wesen des nationalsozialistischen Staates gehört die Konzentration, das Zusammenfassen dessen, was organisch zusammengehört und erst dadurch seine größte Wirkung im Dienste an Staat und Volk leisten kann.

In dieser Richtung liegt der jüngste Beschluß des preußischen Staatsministeriums auf dem Gebiete der Hochschulpolitik; darüber stand in der Presse zu lesen:

„Das preußische Staatsministerium hat den Beschluß gefaßt, die Landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin und Bonn-Poppelsdorf und die Tierärztliche Hochschule Berlin den Universitäten Berlin bzw. Bonn einzugliedern. In Berlin wird eine 5. landwirt-

schaftlich-tierärztliche Fakultät, in Bonn eine 5. landwirtschaftliche Fakultät geschaffen.

Dieser Beschluß stellt einen erfolgreichen Abschnitt in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik dar, denn es kommt dieser Maßnahme nicht nur eine organisatorische und verwaltungsmäßige Bedeutung zu, sondern sie ist das Ergebnis zielbewußten kulturpolitischen Wollens. Das Hauptziel der Eingliederung in die Universitäten besteht darin, die Hochschulen ihres engen Fachcharakters zu entkleiden und sie wieder in innigere geistige Beziehung zur gesamten Wissenschaft der Universität zu bringen. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den übrigen an der Universität gepflegten Wissenschaften ist für alle Zweige der Forschung und Lehre mannigfaltige

und wechselseitige Befruchtung zu erwarten. Es gilt das nicht nur für den Lehrer und Forscher, sondern auch ganz besonders für den Studenten, der nunmehr erweiterte Möglichkeiten hat, durch die engere Berührung mit den Studierenden anderer Fächer seine geistige Bildung zu vertiefen.“

Nirgends kann dieser Beschluß freudiger begrüßt werden als im Kreise des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure; denn er rechtfertigt die Stellung, die der Verband seit mehr als 20 Jahren in der Hochschulfrage grundsätzlich eingenommen: die Wiederherstellung der universitas litterarum, die Vorbedingung ist zu der notwendigen einheitlichen Geisteshaltung der wissenschaftlichen Berufe und ihrer Träger.

In diese Freude über die grundsätzliche Erfüllung alter Forderung mischt sich aber der bittere Tropfen: wie steht es um die Technischen Hochschulen? Um deren grundlegende Reform haben wir zäh, insbesondere seit dem Ende des Großen Krieges, gerungen. Dabei stand stets im Vordergrund die Erkenntnis, daß die wahre zweckhafte Reform die Heranführung der Technischen Hochschulen an die Universitäten erfordert; daß beide — Universität und Technische Hochschule — durch die getrennte Entwicklung zwar äußerliche, materielle Vorteile gehabt haben, daß diese Vorteile aber erkauft wurden durch Verlust an geistigem Gehalt. Insbesondere hat bei den Technischen Hochschulen die gesonderte Entwicklung zu weitgehenden Spaltungen innerhalb der Hochschulen selbst geführt, zu einem zunehmenden „Zerfall“ (Riedler), der bedrohlich genug geworden war. Schließlich wurde sogar in der Industrie, die vielfach treibend in dieser Richtung gewirkt hat, der Irrweg der weit vorgeschrittenen spezialistischen Ausbildung auf den Technischen Hochschulen erkannt und Abhilfe verlangt.

Wenn wir im Verbands uns auch insoweit mit der Industrie auf der gleichen Linie befanden, so gingen die Industrie und ihr nahestehende Kreise nicht geschlossen mit in der weiteren Forderung des Verbandes: die Ausbildung des technischen Akademikers in innige Beziehung zur gesamten Wissenschaft zu bringen durch die organische Verbindung (nicht bloß organisatorische zwecks „Ersparnissen“!) mit der Universität. Denn in dieser Forderung schneidet das geistige Problem der Hochschulpolitik das Berufsproblem. Die technischen Akademiker haben infolge der spezialistischen Ausbildung, infolge des engeren Fachcharakters ihrer Ausbildungsstätte, infolge ihrer isolierten Stellung als Fachhochschule im Rahmen des höchsten Bildungswesens einen „Beruf ohne Raum“. Sie sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen — ausschließlich angewiesen, ihr Berufsfeld in der Industrie zu suchen, wo sie noch weiter spezialisiert werden müssen, weil dies im Wesen der neuzeitlichen Industrie liegt. So mußten die akademischen Ingenieure mehr und mehr auf jene Arbeitsgebiete verzichten, die das öffentliche Leben bietet und die anderen wissenschaftlichen Berufen offen stehen. Nicht Eigenvorteile für den Berufsträger sollten durch Weitung des Berufsraumes errungen werden, nicht sog. Stan-

despolitik war dafür treibend. Darauf kam es an: einen Ingenieurnachwuchs heranzubilden, der mehr als rein fachliche Möglichkeiten in sich birgt, der in die verschiedensten Gebiete des völkischen und staatlichen Lebens Ingenieurdenken zu tragen vermag. Von keinem Einsichtigen, sondern nur von den unbelehrbaren Feinden der „Technik“ wird bestritten, daß eine Weitung des Berufsraumes der Ingenieure im Interesse des Volksganzen liegt.

Durch die neue Maßnahme des preußischen Staatsministeriums verschwinden so gut wie alle bisherigen Fachhochschulen, und es ist sicher zu erwarten, daß die anderen Länder des einheitlich werdenden Deutschen Reiches dem Beispiel folgen. Bekanntlich sind schon früher Handelshochschulen mit Universitäten vereinigt worden. Es werden dann Hochschulen „engeren Fachcharakters“ nur noch Technische Hochschulen sein, so daß sich die weitverbreitete Ansicht über den Ingenieur noch weiter festigen muß, die Ansicht nämlich, daß er ein Mann ist, der lediglich mit Zirkel und Dreieck, mit Ziegelsteinen und Stahl umgeht und diese nach gewissen geheimnisvollen Regeln zu den „Wunderwerken der Technik“ zusammensetzt. Womit aber seine Wirkungsmöglichkeit erschöpft ist.

Es sei daran erinnert, daß die Bestrebungen des Verbandes nach der universitas zweimal in der Vergangenheit dicht vor dem Erfolge standen. Zuerst in Münster, wo an der Universität eine Technische Fakultät mit Ausbildungsgrundsätzen geplant war, die richtunggebend für die künftige grundsätzliche Reform der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung werden sollte. Dieser Plan ist bedauerlicherweise so lange von Technischen Hochschulen, von industriellen Kreisen und aus dem technischen Berufskreis selbst bekämpft worden, bis die Verwirklichung scheiterte. Dann ergab sich eine zweite günstige Möglichkeit: Breslau. Auch in diesem Falle wurde heftig Stimmung gegen die Vereinigung der Technischen Hochschule mit der Universität zur „Schlesischen Universität“ gemacht. Doch war die Erkenntnis für die Bedeutung dieses Schrittes schon weiter vorgeschritten als vorher im Falle Münster: auch die technisch-wissenschaftlichen Vereine sprachen sich für diese Vereinigung aus. Schließlich wurde der Erfolg erzielt, daß das preußische Staatsministerium den Beschluß zur Errichtung dieser universitas in Breslau faßte. Aber nun setzte ein Widerstand bei einem Teil der Professoren der Technischen Hochschule Breslau und bei den Studenten ein. Dabei wurden vielfach rein äußerliche Gründe ins Treffen geführt, die zeigten, daß man die grundsätzliche Bedeutung dieses Beschlusses nicht erkannt hatte oder sich gar nicht die Mühe gemacht hatte, sie zu überlegen. März 1933 wurde „auf Grund von Besprechungen des Komm. Leiters des preußischen Unterrichtsministeriums Dr. Rust mit Professoren und Vertretern der Studenten in Breslau die Vereinigung der beiden Hochschulen bis auf weiteres

vertagt“ (vgl. hierzu „Um die Schlesische Universität“, Technik und Kultur 24 (1933) 34).

Der Beschluß des Preußischen Staatsministeriums, der die grundsätzliche Beseitigung der Fachhochschulen bezweckt, erweckt die Hoffnung, daß diese „Vertagung“ nicht eine endgültige

„Aufhebung“ bedeutet, daß jetzt vielmehr die Frage der Technischen Hochschulen in ein neues Stadium tritt und daß die alte Forderung des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure, die Technischen Hochschulen in die universitas einzubeziehen, in absehbarer Zeit erfüllt wird.

Umschau

Im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wird u. a. angestrebt, die Betriebsordnung zur Grundlage der Regelung der Arbeitsbedingungen zu machen. Das bedeutet eine Abkehr von der nivellierenden Methode bisherigen Tarifwesens, und ohne diese Abkehr ist auch die Herbeiführung der wahrhaftigen Werksgemeinschaft nicht denkbar. Die Durchführung dieses Grundsatzes des Gesetzes kann naturgemäß nur schrittweise erfolgen durch allmählichen Abbau der bestehenden Tarifverträge und ihren Ersatz durch die neuen Betriebsordnungen. Hierin ist nun eine Verordnung des Reichsarbeitsministers (im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister) ein weiterer Fortschritt. Wird jetzt in einer Betriebsordnung eine den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen angepaßte Regelung der Arbeitsbedingungen getroffen, so kann der Treuhänder der Arbeit den betreffenden Betrieb von der bisher geltenden Tarifregelung entbinden.

*

Durch eine Verordnung des Führers und Reichskanzlers, vom 24. Oktober 1934, ist eine Klarstellung über die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) getroffen worden. Aus dieser Verordnung sind insbesondere wesentlich die §§ 1 bis 3, die das „Wesen und Ziel“ festlegen, und zwar:

§ 1. Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust.

In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen.

Die Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront wird durch die Mitgliedschaft bei einer beruflichen sozialpolitischen, wirtschaftlichen oder weltanschaulichen Organisation nicht ersetzt. Der Reichskanzler kann bestimmen, daß gesetzlich anerkannte ständische Organisationen der Deutschen Arbeitsfront korporativ angehören.

§ 2: Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihm zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 3: Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Gliederung der N.S.D.A.P. im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933.

Damit ist zunächst ausgesprochen, daß jegliche Mitgliedschaft in anderen Organisationen nicht die Mitgliedschaft in der DAF. ersetzen kann, ohne daß aber für die DAF. eine Zwangsmitgliedschaft besteht. Die Möglichkeit korporativer Zugehörigkeit zur DAF. ist rechtlich fundiert, sie hängt aber ausdrücklich von der Bestimmung des Reichskanzlers ab und beschränkt sich auf gesetzlich anerkannte ständische Organisationen.

Diese Verordnung liegt durchaus in dem Rahmen, der schon früher hier für die DAF. aufgezeigt wurde. Das Streben der Ingenieure, die wie alle schaffenden Volksgenossen ihre Eingliederung in die DAF. haben müssen, muß dahin gehen, daß sie ihre ständische Organisation erhalten und durch diese — wie andere Berufsstände — korporativ in die DAF. organisch eingegliedert werden.

*

Die Architekten haben sich bekanntlich in die „Reichskulturkammer“ eingegliedert als ein Teil der „Kammer der bildenden Künste“. Ihre Eingliederung bzw. Erfassung und Betreuung durch die Kammer erfolgt durch die Zugehörigkeit zum „Bund Deutscher Architekten“. Damit ist für die Architekten organisatorisch die Bildung des Berufsstandes auf demselben Wege erfolgt, wie bei den Schriftleitern, die durch den „Reichsverband der Deutschen Presse“ erfaßt werden, der Unterbau der Kammer und Träger der Selbstverwaltung des Berufsstandes ist. Nunmehr ist, auch wie bei den anderen der Kulturkammer eingegliederten Berufsständen, die Ausübung des Berufes — und damit das Recht zur Berufsbezeichnung Architekt — für die Architekten an die Zugehörigkeit zur Kammer gebunden.

Im technischen Berufskreis sind jetzt auf drei Sektoren Regelungen erfolgt: bei den Patentanwälten, den Vermessungsingenieuren und den Architekten. Und jeder dieser Sektoren gehört einem anderen Organisationsblock an! Die Patentanwälte, bei denen man wohl nicht abstreiten kann, daß sie primär einen technischen Beruf ausüben, sind in der „Rechtsfront“ eingegliedert; die Vermessungsingenieure, die dem technischen Berufssektor Bauwesen zugehören, haben sich als besondere Gruppe in die „Deutsche Arbeitsfront“ eingeordnet; die Architekten, deren Berufsfundament bei der überwiegenden Mehrheit auf dem Konstruktiven als auf dem der „bildenden Kunst“ liegt, gehören zu den „Kulturberufen“. Wenn man noch beachtet, daß die technischen Beamten in der Verwaltung in den Beamtenbund primär eingliedert werden sollen, so erkennt man die fortschreitende Zersplitterung und die Gefahr, welche dem Allgemeininteresse droht; denn die Allgemeinheit muß an dem geschlossenen Einsatz der technischen Berufe interessiert sein, und dieser Einsatz ist nur möglich durch die Geschlossenheit der technischen Berufsstände. Wie diese herbeigeführt werden kann, ist hier wiederholt aufgezeigt worden, und es dürfte doch wohl beachtlich sein, daß der angegebene Weg von anderen Berufskreisen zielbewußt beschritten wurde und wird.

Und im technischen Berufskreis haben nun auch die Architekten die Standesbildung vollzogen, durch die „Berufsordnung“ des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste ist der „Stand der deutschen Architekten“, dem Volksganzen verpflichtet, geschaffen worden. Was für die Architekten richtig ist, kann für die anderen technischen Berufsstände, namentlich für die Ingenieure, nicht falsch sein!

*

Auf Grund der am 6. Oktober d. J. erlassenen Reichsverordnung über die Selbstverwaltung der Deutschen Fachschulenschaft hielt am 11. Oktober d. J. der Reichsführer Hermann Ziegler die erste Führertagung der Deutschen Fachschulenschaft ab, auf der er sich mit dieser Reichsverordnung auseinandersetzte. Er betonte, daß jetzt der organische Aufbau und die amtliche Vertretung der Gesamtheit der Studierenden aller deutschen Fachschulen gesichert sei. Damit sei der erste Schritt zur Reform des Fachschulwesens, insbesondere des technischen Schulwesens, getan. Es werde nunmehr eine Abgrenzung des Fachschulgebietes — nach unten gegen die Berufsschulen, nach oben gegenüber den Hochschulen — erfolgen. Zu den weiteren Aufgaben gehöre vor allem der zu erwirkende gesetzliche Schutz der Titel für Absolventen der Fachschulen.

*

Ueber die „Berufsvorbildung der Volkswirte und Wirtschaftstreuhänder“ sprach am 5. Oktober d. J. Dr. Alfred Ringer (Berlin) in einer „Diskussionstagung“ des BNSDJ; aus seinen Darlegungen sind die Definition dieser Berufsbegriffe und die daraus abgeleiteten Forderungen von allgemeinerem Interesse. Er sagte (nach einem Bericht im „Völkischen Beobachter“ Nr. 279 vom 6. Oktober d. J.):

„Volkswirt ist, wer als Rechtswahrer im Bereich der Wirtschaft oder öffentlichen Hand wirtschaftliche Aufgaben schöpferischen, gestaltenden oder verwaltenden Charakters zu erfüllen hat, deren Ziel die Entwicklung, Förderung und Erhaltung einer geordneten völkischen Wirtschaft ist.

Wirtschaftstreuhänder ist, wer als Rechtswahrer gegenüber den einzelnen Betrieben der Wirtschaft oder der öffentlichen Hand Aufgaben prüfenden, beratenden oder treuhänderischen Inhalts zu erfüllen hat, deren Ziel die Erhaltung und Durchführung einer geordneten völkischen Wirtschaft ist.“

Aus diesen Definitionen abgeleitet, beantwortet er die Frage der „Berufsvorbildung“ und der Berufsausbildung: „Im nationalsozialistischen Staate sei der Wert eines Menschen unabhängig von seiner Bildungsstufe, und alle Volksgenossen haben gleiche soziale Ehre; das Leistungsprinzip bewerte nicht etwa die höhere Ausbildung, sondern die schöpferische Kraft und die schöpferische Tat. „Durch Studium und noch so gutes Examen wird niemand Volkswirt.“ Ohne starke innere Neigung zum Berufe werde niemand Volkswirt; „die Leistung des Volkswirtes ist ebensowenig wie die des Politikers an Stand oder Bildung gebunden. Der Volkswirt ist Führer, und wird sich auch ohne akademische Abstempelung durchsetzen, wenn er wahre Führeigenschaften aufweist“. Die Ausbildung müsse auf der Grundlage der Schulung durch HJ, Studentenbund und Arbeitsdienst sich aufbauen. Und zwar:

1. nach dem Abitur (Reifeprüfung) sofort Ableistung des Arbeitsdienstjahres. Nach

dieser Ableistung ist Entscheidung, ob Zulassung zum Studium erfolgt; dabei Berücksichtigung der Führung im Arbeitsdienst;

2. wissenschaftliches Studium, das mit der 1. Prüfung abgeschlossen wird;
3. an das Studium schließt sich die „praktische Lehrzeit“ — der „praktische Vorbereitungsdienst“; an seinem Ende steht die 2. Prüfung; mit dem Bestehen dieser Prüfung soll die Berechtigung zur Führung der „durch das Gesetz zu schützenden Bezeichnungen — „Volkswirt“ oder „Wirtschaftstreuhänder“ — verbunden werden.

Man erkennt aus diesen Darlegungen ohne weiteres die Angleichung der Ausbildung an die der Juristen, und der Vortragende sprach das auch aus: „Ueber die Notwendigkeit eines systematischen praktischen Vorbereitungsdienstes ist sich niemand im unklaren. Es ist gerade der praktische Vorbereitungsdienst, der bis heute dem Juristen eine Ueberlegenheit über den durchschnittlich begabten Volkswirt gibt.“ Der Vortragende will auf „akademische Abstempelung“ verzichten; das dürfte auf Grund seiner Ausführung über die Angleichung der Ausbildung an die der Juristen und über die rechtlich geschützten Berufsbezeichnungen wohl so auszulegen sein, daß an die Stelle der bisherigen akademischen Prüfungen („Wirtschaftsreferendar“, „Volkswirt“ analog „Referendar“, „Assessor“ bei den Juristen) treten sollen. Für andere Auslegung geben die Darlegungen des Vortragenden keinen Raum.

*

In diesen Tagen war in der Tagespresse u. a. zu lesen:

„... Die Tagung ergab mit den gehaltenen Referaten eine Zusammenfassung aller Gegenwartsfragen des deutschen Schäferstandes:

Entfaltung höchstmöglicher beruflicher Leistungsfähigkeit, radikale Ausmerzung des noch hier und da vorhandenen Pfuschartums, strikte Durchführung des Schulungs- und Prüfungswesens und einer geregelten Lehrlingsausbildung...

Weiterhin erfolgt der Schritt zu einer straff organisierten und beruflich geschulten Standesorganisation, die den Schäfern bisher mehr oder minder fremd war...“

*

Reichskommissar für das Siedlungswesen, Staatssekretär Dipl.-Ing. G. Feder, sprach vor den Vertretern der Länderregierungen über das „Deutsche Siedlungswerk“. Im nationalsozialistischen Sinne bedeutet „Siedeln“ Ansässigmachen in staatspolitischem und rassepolitischem Sinne. Die liberalistische Wirtschaft führte u. a. zu einem „Bevölkerungsgebirge“ in einzelnen Teilen des Deutschen Reiches; Beispiel: Ruhrgebiet 900 Menschen auf den Quadratkilometer, Pommern und Ostpreußen 60 Menschen auf den Quadratkilometer! Praktische Auswirkung der Reichsplanungen: Industrieverlagerung. Namentlich Industrieneugründungen im Sinne der Rohstoffwirtschaft müssen systematisch in Gebiete besonderer Aufnahmefähigkeit verlegt werden. Im Anschluß an Gewinnung neuer Bodenschätze, verstärkte Produktion von Spinnstoffen sowie bedingt durch Maßnahmen auf nationalpolitischem Gebiete wird sich eine Reihe von Möglichkeiten für planmäßige Neugründungen in Musterstädten als soziale Gemeinschaft ergeben. Schwierigkeiten bereite die Finanzierung, weil Reichsgelder in

nennenswertem Umfange nicht mehr verfügbar seien. In der Errichtung eines Instituts für zweitstellige Hypotheken sei eine Hilfsaktion des Reiches für eine gewisse Uebergangszeit zu sehen; hierzu seien wichtige Vorarbeiten bereits geleistet.

*

Ueber die Aufgaben und Arbeit der Reichsbank sprach in einer Betriebsversammlung der Reichsbank deren Präsident, Stellvertr. Reichswirtschaftsminister Dr. H. Schacht. Unabhängig von jeder Parteieinstellung habe die Reichsbank ihre Aufgabe immer nur darin gesehen, den Geldverkehr in den Dienst des ganzen Volkes zu stellen. Heute habe die Reichsbank ein gewaltiges Wiederaufbauwerk zu leisten; aber: „es heißt, diese schwere Aufgabe allzu sehr vereinfachen, wenn man glaubt und andere glauben machen möchte, es sei bloß damit getan, daß man heute verbrennt, was man bisher angebetet, und anbetet, was man bisher verbrannt hat“. Für eine solche Methode sei die moderne Wirtschaft wirklich zu kompliziert, und es habe wenig Zweck, das Kapital als eine liberalistische Teufelei zu brandmarken, solange man sich nicht einmal über das Wesen und die Notwendigkeit des Sparens im klaren sei. Aber auch mit der Forderung, daß „Angebot und Nachfrage“ aus der künftigen Wirtschaft verschwinden müßte, lasse sich nur auf dem geduldigen Papier operieren, in der Praxis lasse sich mit all diesen Gedankenspielerien blutwenig anfangen. „Mir jedenfalls ist es nicht klar, wie man auf der einen Seite richtig fordern kann, das Geld müsse Diener und nicht Herr der Wirtschaft sein... auf der anderen Seite aber unrichtigerweise mit Hilfe dieses Geldes diese ganze Wirtschaft regulieren will.“ Geldkapital sei das Ergebnis von Arbeit und Sparen, es komme deshalb nicht auf die Notenpresse an, sondern allein auf Arbeit und Sparen. Mit einem Federstrich sei nicht die Wirtschaftsgeschichte einiger Jahrhunderte auszulöschen, ebensowenig könne man die Wirtschaftserfahrungen in Bausch und Bogen abtun wollen; sie gehören zu den wertvollsten Aktiven der Wirtschaft. „Solches erscheint nur dem reaktionär, der zwischen Reaktion und Tradition nicht zu unterscheiden weiß.“ „Wir stehen heute an einer Wirtschaftswende und können höchstens ahnen, nicht aber errechnen, wie die Wirtschaft der nächsten Generationen aussehen wird. In solchen Zeiten hat es keinen Sinn, theoretische Wirtschaftsgebilde in den Aether hineinzubauen. Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte nur einen einzigen Fall, in dem man versucht hat, eine Wirtschaft nach einem vorher konstruierten Plan zu gestalten: die Wirtschaft Sowjetrußlands, ein Vorbild, das mit seinem Leichenfeld wertvoller Menschen wahrlich nicht zur Nachahmung reizt.“

*

Gegen „Auswüchse des Rassegedankens“ wandte sich Ministerialrat Dr. Bartels auf einem Schulungskursus des Rassepolitischen Amtes der NSDAP, Gau Magdeburg-Anhalt. Fanatische Anhänger des Rassegedankens wollten den nordischen Menschen „züchten“, solches aber liege nicht im Rassewollen des Nationalsozialismus. Es sei ganz gleichgültig, ob in einem Volksgenossen eine fälische oder ostische oder dinarische „Ueberlagerung“ vorhanden sei. Im deutschen Volke gingen jetzt Fanatiker herum, die jeden Mitmenschen als nordisch oder baltisch oder sonstwie bestimmen wollten, obschon sie vorher kaum gewußt haben, was arisch und was semitisch sei. Solche Auswüchse könnten nicht genug bekämpft werden; denn das nationalsozialistische Rassewollen stehe zu hoch, um daraus einen „Versuchskaninchenstall“ zu machen. Wozu in tausend Jahren eine nordische Rasse gut sein könne, wisse niemand von uns. Wichtig nur sei: die Erhaltung und Förderung des erbbiologisch gesunden deutschen Menschen.

*

Bei der „Akademie für Deutsches Recht“ besteht ein Ausschuß für Patentrecht und Gewerbeschutz, dessen Vorsitz Geheimrat Duisberg inne hat. Dieser Ausschuß tagte am 20. Oktober d. J. in Leverkusen, und es wurde festgestellt, daß er sich auf den vom Nationalsozialismus vertretenen Grundsatz festgelegt hat: „dem Erfinder als Träger der schöpferischen Entwicklung der Nation einen Rechtsanspruch auf die Sicherung seines geistigen Eigentums zu gewährleisten“. Der Ausschuß beschloß, die Definition der Betriebserfindung nicht in das Patentrecht aufzunehmen, und die Frage der Angestellten-Erfindungen soll in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Arbeitsrecht weiter bearbeitet werden. Die Frage der Gleichberechtigung der Zulassung von Patentanwälten und Rechtsanwälten vor den Patentgerichten wurde nicht entschieden, sie wurde der Standesorganisation überwiesen.

*

Im „Völkischen Beobachter“ (Nr. 294/295, 1934) berichtete Generalsekretär Dr. Schüler (Berlin) über „Berufsständischen Aufbau und Handwerk“. Danach soll unter dem Reichshandwerksführer der Stand einmal gebietsmäßig insgesamt für das ganze Handwerk und zweitens fachlich zusammengefaßt werden. Dieser neue Aufbau wird „die Möglichkeit geben, einen Handwerksstand zu schaffen, bei dem nicht mehr das gesamte Handwerk und die große Zahl der tüchtigen und zuverlässigen Meister unter der Untüchtigkeit und Unzuverlässigkeit von Leuten leiden, die ihrer Art und Vorbildung nach nichts im Handwerk zu suchen haben“.

Chronos.

Winter-Hilfs-Werk des deutschen Volkes

Jeder spendet, jeder hilft und
folgt freudig dem Rufe des
Führers!

W H
W

1934/1935

Als 1. Rate hat der Verband
Deutscher Diplom-Ingenieure
300.— RM überwiesen.

Deutsche Arbeitsfront

I.

In einem Aufruf „An alle Fachgenossen im Verband!“ hat am 15. Dezember 1933 (vgl. Technik und Kultur 24 (1933) 157—160) der Herr Verbandsleiter, Geh. Reg.-Rat Professor F. Romberg, u. a. gesagt:

„Wir brauchen erstens und vor allem die Einfügung der technischen Berufsträger in die große weltanschauliche Gemeinschaft, in die Arbeitsfront, der alle Arbeiter der Stirn und der Faust unterschiedslos als Persönlichkeiten angehören müssen. Hier gibt es keine irgendwie beschaffene Trennung nach Art und Stufe des Berufes, nach geistiger Fähigkeit, nach materiellem Besitz u. ä. mehr. Hier gilt nur die Beziehung von Mensch zu Mensch, die Gemeinschaft ist alles, der einzelne ein Glied der Gemeinschaft. Alle deutschen Menschen sind untereinander und mit dem Ganzen durch eine große tragende Idee, durch die nationalsozialistische Weltanschauung, verbunden, die keine trennenden Unterschiede, keine Bildung von Gruppen, von Stufen, von Klassen und von Kasten kennt. Jeder Stand, jeder Beruf, jeder Kopf- und jeder Handarbeiter, alle gehören sie in die weltanschauliche Gemeinschaft, wir Techniker sind davon nicht auszunehmen und stehen in diesem Punkte allen anderen gleich.“

Wir brauchen zweitens und unabhängig vom ersten aber auch eine berufliche Gemeinschaft, eine Zusammenfassung aller in demselben Berufe tätigen Menschen oder, wie wir es im neuen Staat bezeichnen, eine „Berufsfront“, die alle Menschen umfaßt, die demselben Beruf angehören, gleichgültig, welche Funktion sie ausüben. Der Beruf, d. h. das, was der Mensch gelernt hat, was daher auch die Voraussetzung für seine Arbeit ist, trennt die Menschen unvermeidlich voneinander, während die Weltanschauung sie miteinander verbinden soll. Das Volk, als Berufsträger betrachtet, besteht aus mehreren großen Berufsgemeinschaften, aus mehreren Berufsfronten, ganz ähnlich, wie ein Heer mehrere Waffengattungen umfaßt. Dieser Vergleich hat auch insofern einen Sinn, als ja der Beruf auch nichts anderes ist als eine Waffe, die Waffe des einzelnen im Kampf mit dem Leben.

Die nationalsozialistische Bewegung aber faßt alle Berufe und damit alle einzelnen Berufsträger wieder zusammen durch den Dienst für die Gemeinschaft. Opfer und Leistung für die Gesamtheit sollen richtunggebendes Ziel für die Arbeit aller Berufe und aller einzelnen Berufsträger sein. Diesem Ziel muß sich alles unterordnen und auf die beste Weise zu dienen suchen.

Dienst am Volksganzen verlangt planvolle Ordnung. Alle Berufe müssen sich organisch eingliedern in die Gemeinschaft, und jeder große Beruf bedarf für sich wieder der organischen Zusammenfassung aller einzelnen Berufsgruppen; denn in jedem großen Beruf gibt es mehrere Stufen beruflichen Könnens, die eine unterschiedliche Höhe geistiger Begabung und Leistungsfähigkeit bedingen. Eine Unterteilung in Berufsgruppen ist also unvermeidlich. Jede Gruppe enthält gleichwertige und gleichgerichtete Kräfte, jede wirkt nicht nur in sich, sondern auch zusammen mit den übrigen Berufsgruppen in gemein-

samer Arbeit, wie die Organe eines Körpers sowohl ihre eigenen Funktionen haben, als auch mit diesen Funktionen unter sich wieder vielfach zusammenhängen. Alle Berufsgruppen müssen also miteinander verbunden sein, da sie voneinander abhängig sind, die höhere von der niederen nicht minder als die niedere von der höheren. Sie müssen ineinander „begriffen“ sein!“

II.

Fast ein Jahr ist seitdem verfloßen. Die Entwicklung hat nicht nur keine Momente gezeitigt, durch die diese Darlegungen einer Korrektur unterworfen werden müßten; sie hat im Gegenteil diese Grundsätze bestätigt.

Und die am 24. Oktober 1934 vom Führer und Reichskanzler ergangene „Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront“, welche das „Wesen und Ziel“ sowie „Führung und Organisation“ umfaßt, legt diese Grundsätze eindeutig fest.

Durch diese Verordnung ist zunächst klargestellt, daß das große Ziel der DAF. die „Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft“ ist. Eine solche Gemeinschaft ist praktisch nur möglich, wenn ihr alle schaffenden Deutschen angehören. Deshalb ist auch gesagt, daß die DAF. sich in erster Linie auf der Betriebsgemeinschaft aufbaut, die Angehörigen der ehemaligen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände als gleichberechtigte Mitglieder umfaßt, die frühere und unheilvolle Klassenspaltung also endgültig beseitigt.

Das Wesen einer solchen, auf einem einheitlichen Fundament errichteten Gemeinschaft fordert naturgemäß, daß sie nicht durch andere organisatorische Gebilde an sich ersetzt werden kann. Aber ebenso richtig ist es, daß der neue Staat innerhalb der Volksgemeinschaft eine Gliederung braucht. Denn sein Wesen ist dem Individualismus entgegengesetzt gerichtet, der die Menschen atomisiert. Die gliedhafte Stellung des Einzelnen in der Volksgemeinschaft bedarf der geistigen Verwurzelung, die im Berufe erfolgt. Deshalb wird durch die große Gemeinschaft, die in der DAF. verkörpert ist, die Organisation nach den Berufen hindurchgehen müssen.

Und in der Tat sehen wir heute schon diese sinnvolle Gliederung unmittelbar und mittelbar in der DAF. im Werden. Auch die Verordnung des Führers und Reichskanzlers weist auf diese Gliederung hin:

„Der Reichskanzler kann bestimmen, daß gesetzlich anerkannte ständische Organisationen der Deutschen Arbeitsfront korporativ angehören.“

Die Schaffung der Berufsstände ist bei verschiedenen Berufen im Werden. Für den technischen Beruf handelt es sich jetzt darum, daß er ständisch erfaßt und anerkannt wird und seinen Platz in der Arbeitsfront findet. Die Ingenieure haben eine gemeinsame Aufgabe im Staate, die sie nur erfüllen können als geistige Gemeinschaft, als Ingenieurstand. Den gilt es zu erkämpfen, damit die Ingenieure den ihnen vermöge der Wichtigkeit ihres Berufes zukommenden Anteil an den Pflichten für Staat und Volk erfüllen können!

Oberingenieur K. Elbel in Berlin:

Betriebsgemeinschaft — Volksgemeinschaft — Führung

Das große Ziel des nationalsozialistischen Staates ist die Volksgemeinschaft. Die Wege, die zu dieser wahren, innerlichen Verbundenheit aller deutschen Menschen führen sollen, sind abgesteckt und vorgezeichnet. Sie befinden sich zum Teil im Bau; einige Hauptstraßen sind bereits angelegt und „dem Verkehr übergeben“. Den Ungeduligen geht das alles zu langsam. Wenn sie mitarbeiten und -werken, wenn ihnen die Sache selber drängend am Herzen liegt: In allen Ehren! Wenn sie nur dabeistehen und zusehen, wie sich die anderen im Schweiße ihres Angesichts mühen, haben sie das Recht zur Kritik verwirkt.

Der Bau, die gesamte Zukunftsgestaltung des Verhältnisses Mensch zu Mensch, ist im neuen Staate von zwei Seiten her in Angriff genommen worden: Von oben durch Wegweisung, Anordnung und die beispielgebenden Taten des Führers; von unten durch die Erkenntnis der Notwendigkeit aus eigenem Erlebnis und den guten Willen der Geführten. So ist jede Arbeitsgemeinschaft — im Großen wie im Kleinen — gezwungen, sich mit dieser Kernfrage zu beschäftigen.

Wir sind ein 66-Millionen-Volk auf engem Raum. Die Möglichkeiten des Einzelnen, sich höher zu entwickeln und in bewußter Lebensgestaltung Raum zum Schaffen und Wirken in dem seinen Fähigkeiten entsprechenden Rahmen zu gewinnen, sind begrenzt. Mehr Leistung, mehr Opfer, äußerste Pflichterfüllung und Hingabe an die Anforderungen des Berufes sind darum mehr als je Voraussetzungen zum Aufstiege. Die Zeiten des Erfolges für solche, die nicht der gemeinsamen Sache — der Idee des einigen Volkes und Vaterlandes — dienen wollen, sind vorbei. Die Ausübung des Führerberufes bedarf des Beweises der Berufung in ständiger Bewährung. Aus dem Kreise der Arbeitskameraden — als einer der Ihren — entwickelt sich der zukünftige Führer durch Charakter und Format seiner Persönlichkeit, die sich — ohne Zwang — aus sich selbst Anerkennung schafft. Nicht eisige Unnahbarkeit und Ueberheblichkeit, sondern schlichte Lebensführung, Zurückstellung der eigenen Person und Kampf in vorderster Linie kennzeichnen den volksverwurzelten Führer-Menschen.

Die geistige Beeinflussung vergangener Jahrzehnte — sowohl vor als auch nach dem Weltkriege — war nicht danach angetan, die notwendigen Voraussetzungen für ein gesundes Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Klassen und Kasten mit Vorrechten und Vorurteilen mußten und dünkeltäter Parteilichkeit auf der einen, Unterdrückten- und Minderwertigkeitsgefühlen auf der anderen Seite führen. Das Fronterlebnis, das den Frontgeist lebendig werden ließ, hat doch eben nur einen Teil unseres Volkes auflockernd und verinnerlichend erfaßt. Aber die Frontgeneration lebt noch, und hier bietet sich ihr eine Aufgabe, zu der sie Eignung und Einstellung aus gemeinsamem Kampferlebnis mitbringt, die Aufgabe, Kameradschaft zu üben, Brücken zu schlagen, Verständnis zu wecken und zu erhalten für ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Menschen.

Hitler hat in seinen Reden wiederholt darauf hingewiesen, daß man nicht alles von oben — das heißt von der Führung, den zentralen Behörden, den Ministerien usw. — erwarten darf. Jeder einzelne

soll mitarbeiten, auch wenn er die Erkenntnis gewinnen muß, daß noch lange nicht an jeder Führerstelle der Mann sitzt, der nach Charakter und Leistung dahin gehört. Die Frage, wie jeder mitarbeiten kann und soll, ist natürlich für jeden einzelnen anders zu beantworten. Eine Patentlösung gibt es da nicht, weil von tausend Arbeitsplätzen kaum einer in Funktion, Verantwortungsanteil und Wirkungsbereich dem anderen gleicht. Mitarbeit ist Mut, sich einzusetzen und mit der ganzen Persönlichkeit dafür einzutreten, daß sachlich Erarbeitetes und für richtig Erkanntes nicht umgebogen und untergepflegt wird, sondern sich durchringt zum allgemeinen Besten. Solche Einsatzfreudigkeit gibt ein Beispiel und wirkt schon damit erzieherisch. Sie wirkt als Tat mehr als die schönsten Sprüche und Theorien — zudem unaufdringlich und nicht verärgern, wie es allzu oft bei Worten geschieht, die offenbar nur für die anderen gelten.

*

Keimzelle und Nährboden des Baumes, dessen schirmende Krone über unserem Arbeitsleben stehen soll, ist der Betrieb. An die Menschen des Betriebes heranzukommen, sie ständig mit den lebenspendenden roten Blutkörperchen des Volksgemeinschafts-Empfindens zu durchsetzen, ist schwere aber lohnende Aufgabe. Hier gilt es, noch einmal ganz von vorne anzufangen. Denn das, was war, ist allzu sehr Stückwerk und brüchig in seinem Gefüge. Die Menschen, die Tag aus, Tag ein, Jahr für Jahr, Werkbank an Werkbank nebeneinanderstehen, die sich an Schreibtischen und Büromaschinen gegenüber sitzen, die schon manches Jahr im Ringen ums Brot Schulter an Schulter marschieren — wenn es den Kampf um den Platz an der Sonne, das Vorwärtskommen, den persönlichen Erfolg gilt, werden sie allzu leicht blind für den Nebenmann und fühlen sich — besessen von dem einzigen Triebe voranzukommen, — aller Bindungen der Vergangenheit ledig. Hier fehlt es offenbar an etwas grundsätzlich Wichtigem: dem Kompaß richtungweisenden Wertigkeitsgefühls, an einem gewachsenen und gepflegten Berufsethos. Ehrlicher Durchsetzungswillen, der gesunde Wurzeln in leistungsfähiger Ueberlegenheit hat, ist dabei klar zu trennen von der Ueberheblichkeit des großen Mundwerks und der härteren Ellenbogen. Die Mehrzahl der Berufsmenschen hat ein feines Gefühl für wahres Führertum und ordnet sich willig ein, wenn sie Größe spürt. Die Menschen des Betriebes pflegen sich lange zu kennen — Jahrzehnte lang, ja oft ein ganzes Menschenalter hindurch — mit ihren Stärken und mit ihren Schwächen, mit ihren schätzenswerten und mit ihren weniger guten Seiten und Eigenschaften. Da ist es schwer, zu bemänteln und zu verleugnen.

Der Führer hat es als die größte Aufgabe bezeichnet, einen neuen Geist im Volke lebendig werden zu lassen. Den neuen Geist kann man nicht aus dem Boden stampfen. Man muß ihm die Erde bereiten und ihn aussäen, die Saat betreuen und immer wieder mühevoll vor überwachendem Unkraut schützen. Das kann im Betriebe geschehen durch die Werkszeitung, durch Vorträge, durch Anschlag am Schwarzen Brett und Appell, durch Einflußnahme des Vorgesetzten, des Betriebsfunktionärs, des

Vertrauensmannes, des Blockwarts usw. Die Tiefe der Einwirkung und damit die Größe des Erfolges ist durchaus nicht immer proportional dem Umfang des Personenkreises, an den sich die Maßnahme wendet. Der Erfolg wird meist im kleinen Kreise errungen. Nur wenigen ist die Gabe verliehen, auf tausende nachhaltig einzuwirken.

Es werden jetzt viele Schulungskurse abgehalten und neue Wege gesucht, die Menschen aufzurütteln und zu formen. Diese systematisch Übung und zielgerichtete Wegbereitung ist sicher notwendig. Erreichen läßt sich mit ihr aber nur dann etwas, wenn der Geist von der Oberfläche in die Tiefe dringt, wenn die Saat Wurzel schlägt und in ihr immer neue Kraft zuwächst aus willigem Boden. Theoretisches Erkennen allein schafft noch keine Gesinnung: Bewährung macht sie — Bewährung in der praktischen Arbeit des Alltags. Letzten Endes kommt es auf Taten an und auf Vorleben. Dieses Vorleben des neuen Geistes und der neuen Lebensform muß von der Führung ausgehen: Wie im Großen, so im Kleinen — wie im Staate, so im Betriebe. Das ist die große

Verantwortung der Führer: An dem bevorzugten Platze der Leitung, allen sichtbar, müssen sie ihre Berufung beweisen, vornehmlich im Verhalten zu den Mitmenschen — zur Gefolgschaft, die sie trägt — aber auch zu jeder Sache, die ihrer Obhut anvertraut ist. Ihr Beispiel gilt mehr als das jedes anderen. Die Tat des Führers nimmt Einfluß auf die Entscheidung. Sie bestimmt Art und Stärke des Einsatzes der Gefolgschaft und damit in hohem Maße den Erfolg.

*

Ein Teil der tiefen Glaubenssehnsucht, die seit dem Siege des Nationalsozialismus durch das deutsche Volk geht, ringt um eine neue Form der Führererkennung — um den neuen Führertyp, bei dem nicht das Wort und die Aeüßerlichkeit, sondern der innere Wert — der Gehalt des Menschen — Macht ist. Auf das gleiche Endziel gerichtete Führung muß die Betriebsgemeinschaft als Teil der Volksgemeinschaft sehen und so das Fundament bauen, auf dem beide — Staat und Betrieb — fest gegründet sind.

Von unseren Hochschulen

Besetzung von Lehrstühlen:

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust, hat in einem an die Länder gerichteten Erlaß angeordnet, daß ihm jede freie oder freiwerdende planmäßige, ordentliche oder außerordentliche Professur unter Angabe des Faches anzuzeigen und nach Abschluß der Berufungsverhandlungen seine Zustimmung zu der bei dem zuständigen Reichsstatthalter in Vorschlag zu bringenden Ernennung einzuholen sei. Er hat ferner angeordnet, daß vor Schließung bestehender oder Eröffnung neuer wissenschaftlicher Institute wie bei jeder grundlegenden Abänderung der akademischen Lehrpläne und Prüfungsordnungen seine Zustimmung einzuholen ist.

Durch diesen Erlaß wird ein einheitliches und planmäßiges Verfahren bei der Besetzung von Lehrstühlen an allen deutschen Hochschulen gewährleistet.

Hochschulstatistik:

Nach der jetzt vorliegenden Hochschulstatistik (Bd. 12, W.-S. 1933/34. — Skruppe und Winkler, Berlin) hat die Gesamtzahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen gegenüber dem W.-S. 1932/33 um 12,18 vH. abgenommen, nämlich von 116 154 auf 102 007. Besonders am Rückgang war das Frauenstudium beteiligt.

Beachtlich ist für die Beurteilung der Hochschulfrequenz der jeweilige Neuzugang. Dieser betrug W.-S. 32/33 . . . 4928 und im W.-S. 33/34 . . . 6737, so daß ein um 1807 Studierende höherer Zugang zu verzeichnen war. Diese Zunahme hat ihre Ursache im wesentlichen im Arbeitsdienst, durch den sich der Studienbeginn stärker auf das W.-S. verschiebt. Beim technischen Studium ist der Studienbeginn immer schon infolge des praktischen Jahres hauptsächlich auf das W.-S. gelegt. Deshalb sind an dieser Zunahme des Neuzuganges die Technischen Hochschulen nicht nur nicht beteiligt, vielmehr ist hier der Zugang geringer gewesen als im Vorjahr, und zwar:

Technische Hochschulen:

Zugang W.-S. 32/33	2183
Zugang W.-S. 33/34	1799
Abnahme	384=17,6 vH.

Die Gesamtbesucherzahl der Technischen Hochschulen betrug im W.-S. 33/34 . . . 17 104, der Rückgang gegenüber dem Vorjahre 16,28 vH., und zwar bei den einzelnen Hochschulen:

TH Aachen	3,75 vH.	TH Darmstadt	14,90 vH.
TH Hannover	10,94 vH.	TH Stuttgart	17,05 vH.
TH Karlsruhe	11,69 vH.	TH Braunschweig	17,61 vH.
TH München	12,53 vH.	TH Berlin	20,60 vH.
TH Breslau	12,68 vH.	TH Dresden	23,32 vH.

Bei den Bergakademien war der Rückgang noch etwas höher als bei den TH, nämlich 17,91 vH.

Literatur

Neue Bücher:

Kollmann, Dr.-Ing. Franz: Das kleine Lexikon der Technik. — Stuttgart, Berlin und Leipzig: Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1934. — 555 Seiten, 156 Abbildungen im Text, 8 Tafeln. Leinen 4,80 RM.

Es war ein Kennzeichen unseres sogenannten technischen Zeitalters, daß man die „Wunderwerke der Technik“ bestaunte und sich ihrer gern bediente, aber sonst keine innere Beziehung zur Technik und ihrem Schaffen hatte. Gedankenlos nutzte man, was die Technik zur Verfügung stellte, und man machte sie zum Sündenbock aller Uebel, die in die Welt kamen und das behagliche Leben störten. Es fehlte an Verständnis für technische Dinge! Solches ist dem Laien aber heute notwendig, in einer Zeit, deren gesamtes Geschehen von Technik durchdrungen und wesentlich beeinflußt wird. Dem Verständnis für technische Fragen und Zusammenhänge wird das vorliegende „kleine Lexikon“ sehr gute Dienste leisten; es ist eine sorgfältige Arbeit eines Fachmannes, der auf Grund seines umfassenden Ueberblickes und seines Einfühlungsvermögens in die praktischen Bedürfnisse ein Stichwörterbuch von einer Vollständigkeit geschaffen

hat, das auch dem Ingenieur willkommen ist, der sich rasch über grundlegende Fragen abseits seines engeren Arbeitsgebietes unterrichten will. Das „kleine Lexikon“ gehört in jede Bücherei, und sein Besitzer wird dauernden Nutzen davon haben. K. S. von Schweigen.

Volquardts, Dipl.-Ing. H.: Erdbau. — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1934. — 64 Seiten, 96 Abbildungen im Text, eine Ausschlagtafel, Literaturverzeichnis, Sachregister. Ganzleinen 4,— RM.

Im Hinblick auf die weitgehenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung wird dieses Werk über Erdbau besonders willkommen sein. Denn die Bodenbewegung und was mit „Erdbau“ zusammenhängt, wird auf längere Zeit hinaus mit an erster Stelle stehen. Der Verfasser hat es verstanden, auf verhältnismäßig knappem Raum dieses weite Gebiet für den Praktiker aber namentlich auch für den Studierenden in instruktiver Weise zu behandeln und durch klare Skizzen zu erläutern. Nach kurzer Darstellung der Gegenstände und der grundlegenden Begriffe des Erdbaues gibt er einen Ueberblick über die Untersuchung des Bodens sowie über die Bodenarten und ihre Eigenschaften. Eingehend behandelt sind die Ausführung der Erdarbeiten und die Sicherung, Unterhaltungs- und Wiederherstellungsarbeiten. Die erforderlichen Geräte und Maschinen werden aufgezeigt. Ein dreifarbiges Musterentwurf gibt starke Anschaulichkeit und zeigt die Einzelheiten für die Planearbeitung. Die Erdmassenberechnung erläutert der Verfasser am Schluß dieses sehr zu empfehlenden Buches.

K. Friedrich.

Grimsels Lehrbuch der Physik: Zweiter Band, zweiter Teil: Materie und Aether. — Sechste Auflage, vollständig neu bearbeitet von Professor Dr. R. Tomaschek, Direktor des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule Dresden. — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1934. — 426 Seiten, 313 Abbildungen im Text, gebunden 14,— RM.

Aus die bisher schon erschienenen Bände der Neubearbeitung des bekannten Lehrbuches der Physik, das vornehmlich zum Gebrauch beim Unterricht und zur Ergänzung der akademischen Vorlesungen bestimmt ist, sich aber auch für das Selbststudium vortrefflich eignet, ist hier früher schon berichtet worden. Ebenso wie diese Bände, und zwar I. Bd.: Mechanik, Wärmelehre, Akustik; II. Bd., 1. Teil: Elektromagnetisches Feld, Optik, kann auch der II. Bd., 2. Teil, zu den angegebenen Zwecken nur empfohlen werden. Es ist hervorzuheben, daß der Herausgeber besonders verstanden hat, die meisterliche didaktische Darstellung, die Grimsehl seinem Werke gegeben hat, zu mindesten zu erhalten; ferner hat der Herausgeber Dr. R. Tomaschek in glücklicher Weise die Verbindung zwischen ausführlichem Handbuch und systematischem Lehrbuch gefunden.

Der vorliegende Band behandelt ein Gebiet, das noch im Flusse ist: Atomphysik. Diesem Umstand hat der Neubearbeiter R. Tomaschek dadurch Rechnung getragen, daß er die Tatsachen mehr in den Vordergrund stellte und die Theorie nur insoweit behandelte, als es für die geistige Durchdringung der Tatsachen erforderlich ist. In neun Abschnitten werden, durch ausgezeichnete Abbildungen und anschauliche Schaubilder unterstützt, behandelt: Der elektrische Aufbau der Materie, die Kerne, Licht und Materie, Welle und Korpuskel,

Spektrallinie und Atombau der Mehrelektronensysteme, der Molekülbau, der Bau der zusammenhängenden Materie, die Elektrodynamik der bewegten Medien und schließlich die Materie und die Energie im Weltraum. Aus dieser Uebersicht geht schon der systematisch geordnete Inhalt und seine weite Spannung hervor.

Der Verlag hat das Buch vorzüglich ausgestattet und den Preis durchaus angenommen festgesetzt. Das Buch wird seinen Weg machen wie seine Vorgänger.

K. Remlein.

Sammlung: „Hilf dir selbst“. — Bonn: W. Stollfuß Verlag 1934. —

In dieser zweckhaften Sammlung, über die hier wiederholt anerkennend berichtet wurde, hat der rührige Verlag eine weitere Anzahl von handlichen Heften herausgebracht, von denen folgende der Beachtung empfohlen werden:

Nr. 57: Schulz, Heinr.: Die eigene Durchführung der Klagesachen vor dem Amtsgericht. Das Wichtigste für Kläger und Beklagte mit Musterbeispielen. — 28 Seiten, brosch. 1,— RM.

Die Schrift beseitigt die auftretenden Schwierigkeiten, wenn auf die Vertretung durch einen Anwalt vor dem Amtsgericht aus irgendwelchen Gründen verzichtet wird. Sie ist aber darüber hinaus allgemein lehrreich, da sie einen guten Einblick in das Verfahren überhaupt gibt.

Nr. 61: Paul, Dr. jur. Peter: Das Wechselrecht. Was jeder vom Wechsel wissen muß. Auf Grund des deutschen Wechselgesetzes vom 21. Juni 1933 bearbeitet. — 44 Seiten, brosch. 1,25 RM.

In leicht verständlicher Form macht diese Schrift mit dem Wechselrecht vertraut und ist deshalb insbesondere jedem zu empfehlen, der im selbständigen Beruf und Geschäftsverkehr steht. Aber auch derjenige, der sich über diese Materie allgemein unterrichten will, wird aus diesem Heft Nutzen ziehen.

Nr. 89: Merk, Dieter: Kleine Versicherungsfibel. Was muß der Versicherer und der Versicherungsnehmer vom Versicherungsrecht wissen? — 38 Seiten, brosch. 1,— RM.

Heutzutage gibt es kaum noch einen erwachsenen Menschen, der nicht unmittelbar oder mittelbar am Versicherungswesen interessiert ist oder sich dafür interessieren müßte. Allen wird diese Schrift durch ihre klare und allgemeinverständliche Darstellungsweise sehr nützlich sein, und sie wird vielleicht manchen vor Schaden im Versicherungsfall bewahren.

Nr. 88: Merk, Dieter: Was muß jeder von der Angestellten-, Arbeitslosen- und Knappschafts-Versicherung wissen? — 29 Seiten, brosch. 1,— RM.

Hier ist ein Sondergebiet, das soziale Versicherungswesen behandelt. Das ist deshalb sehr zu begrüßen, weil diese Sozialversicherungen vielfachen Aenderungen und Ergänzungen unterworfen waren. Der Verfasser hat aus den alten und neuen Bestimmungen diejenigen zusammengestellt, die für den Versicherten besonders wichtig sind und deren Kenntnis für ihn durchaus notwendig ist.

K. Fried.

Schweitzer, Dr. Robert: Privatdozent aus der Handelshochschule Berlin: Das Experiment der Industrieplanung in der Sowjetunion. Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung der russischen Industriepolitik. Mit Anhang: Die Schlußrechnung des

ersten Fünfjahrplanes der russischen Industrie und die Perspektiven für das zweite Planjahrünft (1933—1937). Heft 3 der Schriftenreihe „Betriebswirtschaftspraxis und Betriebswirtschaftslehre“ des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute e. V. — Berlin: Deutscher Betriebswirte-Verlag G.m.b.H., 1934. — 141 Seiten, brosch. 5,— RM.

Vermöge persönlicher Kenntnis von Land und Leuten konnte der Verfasser für seine Darstellung Originalquellen zu Grunde legen, was sein Buch über ähnliche Veröffentlichungen hinaushebt und besonders wertvoll macht. Aus dem Buche läßt sich ein klares Urteil über das russische Wirtschaftsexperiment gewinnen. Wer einen guten Einblick in den osteuropäischen Lebensraum sucht — und der Exporteur braucht solche Kenntnis! — dem ist das Buch ein Wegweiser. Der Student der Betriebswirtschaftslehre wird starken Nutzen aus dem Studium dieser sehr beachtlichen Arbeit ziehen.

K. S. von Schweigen.

Handbuch der deutschen Baubehörden, vereinigt mit dem Handbuch für die Bauverwaltungen und Bauämter des Reiches, der Länder, Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden. 6. Ausgabe 1934/1935. — Herausgeber: H. A p i t z, Druckerei und Verlagsbuchhandlung G.m.b.H. in Berlin SW 61,— Gebunden 15,— RM.

Die neue Ausgabe befriedigt ein stark empfundenes Bedürfnis, weil infolge der Neugestaltung des Staates auch in den Verwaltungsstellen der deutschen Baubehörden und Bauämter grundlegende Veränderungen vorgenommen wurden. Die Schwierigkeiten, die Unternehmen hatten bei der Feststellung der erforderlichen Anschriften, werden durch die neue Ausgabe des Handbuchs behoben, das wegen seiner Vollständigkeit und Zuverlässigkeit für Firmen ein unentbehrliches Hilfsmittel ist.

W. K. Pasetz.

Herig, Friedrich: Hand und Maschine. — Band IV, Teil 1 des Handbuchs der Arbeitswissenschaft, herausgegeben von Professor Dr. Fritz Giese in Stuttgart. — Halle a. S.: Carl Marhold Verlagsbuchhandlung 1934. 159 Seiten, 45 Abbildungen, geh. 8,75 RM, gb. 10,— RM.

Das Buch soll den ersten Teil einer „Technologie der Arbeit“ darstellen. Der Verfasser ist bekannt als der Begründer der „Manufaktologie“ und stellt die „Hand“ als das „natürlichste und wundervollste Werkzeug der Erde“ in den Mittelpunkt. Und will die Maschine nicht mehr als toten Gegenstand gesehen haben, sondern man sehe in ihr ein Lebewesen: ein „Haustier oder eine Bestie“. Aus „Paläotechnik“ und „Prothesentechnik“ leitet Vf. ab, daß Werkzeug und Werkzeugmaschinen, die er als die formgebenden Elemente unserer Kulturgüter bezeichnet, die Hand zum Vorbild haben und einen Platz zwischen Hand und Kulturgebiet einnehmen. Die Entwicklung, die dahin geht, daß man in die Maschine immer neue „Hände aus Eisen und Stahl“ hineinbaut, daß man immer mehr Handtätigkeiten „maschinisiert“, um von der Unsicher-

heit und Ermüdung der menschlichen Hand frei zu werden, diese Entwicklung führte zu dem „grausamsten Kampf“ zwischen Menschenhänden und „Maschinenhänden“ um die Macht. Die Lösung dieses aktuellen Problems gibt der Vf. in dem Schlußsatz seines Buches: „Die staatliche Vernunft wird diesen Streit schlichten müssen — bald und mit diktatorischen Mitteln!“

Das Buch ist fesselnd. Namentlich der Ingenieur sollte es aufmerksam studieren, es wird ihm viele Anregungen zum Nachdenken über die Zusammenhänge zwischen seinem fachlichen Schaffen und der geistigen und seelischen Umwelt geben. Man kann in vielem anderer Ansicht sein wie der Verfasser, aber man wird stets anerkennen müssen, daß hier ernsthaft und mit Forschergeist an die Probleme herangegangen wird, deren Lösung von weittragender Bedeutung ist. Die Herausgabe dieses Buches ist für Verfasser und Herausgeber verdienstvoll.

K. F. Steinmetz.

Diesel, Eugen: Vom Verhängnis der Völker. Das Gegenteil einer Utopie. — Stuttgart und Berlin: I. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolge 1934. — 288 Seiten, Kart. 3,90 RM, Ganzleinen 4,80 RM.

Eugen Diesel hat uns eine Reihe von Büchern gegeben besinnlichen Inhaltes, ernsthaften Willens, sich mit der Wirrnis unserer Zeit auseinanderzusetzen und einen „Weg durch das Wirrsal“ zu zeigen. Er hat uns immer etwas zu sagen gehabt, und wir verdanken ihm manches kluge Wort über das Verhältnis der „Technik“ zur Umwelt und ihre Stellung im kulturellen Leben.

Von seinem neuen Buche sagt der Verfasser, daß zwischen diesem und seinen bisherigen Veröffentlichungen ein innerer Zusammenhang besteht, „und alle bereiten sie das Europabuch vor“. Diesel kämpft gegen das „Völkerverhängnis“ und sieht als solches den Mangel an Ruhe, klarer Zielsetzung, an Vernunft und Freude. Er strebt nach der Wiederherstellung der Voraussetzungen für ein höheres und würdigeres Dasein der europäischen Völker. Ein solcher Kampf setzt nach seiner Meinung voraus, daß er so schreiben müsse, daß sein Buch „auch ein Engländer, oder Franzose oder Italiener hätte schreiben können“, und er glaubt, daß „den Anzeichen nach zunächst in Deutschland das neue nationale und zugleich europäische Denken ausreifen wird“. Freilich, der Weg zu einem „eingewordenen“ Europa ist ein langer und gewiß dornenvoller, und der Vf. zeigt dies auch auf. Es ist der Sinn dieses Buches, ein seelisches und geistiges Fundament zu legen, auf dem das neue Europa gebaut werden muß, wenn das „Völkerverhängnis“, das über Europa lastet, gebannt werden soll.

Diesel hat nicht nur den Deutschen, er hat der Kulturwelt hier ein Buch vorgelegt, das eine ernste Mahnung und ein Wegweiser zugleich ist. Möge dieses reife Werk des Verfassers seinen Weg überall zu den geistigen Kräften der Nationen finden.

K. S. von Schweigen.

Vom Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure (Januar bis Oktober 1934)

Für das erste Halbjahr 1934 konnte¹ eine verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsraumes an Hand der

¹ Technik und Kultur 25 (1934) 158—159.

Schaulinien für die gemeldeten offenen Stellen für Diplom-Ingenieure festgestellt werden. Diese erfreuliche Entwicklung hat auch im dritten Vierteljahr 1934 sich fortgesetzt. In dem hier wiedergegebenen Schaubild

sind die in den einzelnen Vierteljahren der Jahre 1924 bis 1934 (drei Vierteljahre) gemeldeten offenen Stellen aufgetragen, so daß der verhältnismäßige Verlauf der Arbeitsraumgestaltung in den verflossenen 11 Jahren ersichtlich ist.

Die Schaulinie ist ein Sinnbild des Wirtschaftsverlaufes; im Jahre 1924 der auf die Inflation folgende Anstieg infolge des Wiederingangsetzens der Industrie- und Wirtschaftsbetriebe. Diesem Anstieg folgte aber als Wirkung der Deflation und des Kapitalmangels unmittelbar der Abstieg im Jahre 1925. Das folgende Jahr (1926) brachte eine Scheinkonjunktur, veranlaßt durch das Einpumpen ausländischen Kapitals in Verbindung mit der Ausfuhr „um jeden Preis“. Aber schon im zweiten Vierteljahr 1927 war der Höhepunkt erreicht, der Niedergang begann, zunächst langsam, dann aber mit dem Jahr 1928 einsetzend immer schneller bis zu einem in keinem Vorjahr jemals erreichten Tiefstand im zweiten Viertelj. 1932.

Im dritten Vierteljahr 1932 setzte die Wendung ein, veranlaßt durch die „Papen-Regierung“; deren Maßnahmen wurden zwar recht verschieden beurteilt, erzeugten aber in Industrie und Wirtschaft eine Vertrauens- und Tatwelle. Ganz eindeutig aber vollzog sich ein schärfer werdender Aufstieg mit dem Einsetzen der nationalsozialistischen Revolution und den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der neuen Staatsführung. Sicher werden Rückschläge nicht ausbleiben; aber sie können nicht mehr nach dem jetzt erreichten Stand eine solch einflußreiche Rolle spielen wie zuvor; sie werden vorübergehend sein, die allgemeine Richtung weist unverkennbar nach oben!

In den Uebersichten I und II geben die ermittelten Zahlen der offenen Stellen im einzelnen im Vergleich mit den Vorjahren und für die Hauptfachrichtungen wieder.

Uebersicht I

Gesamtzahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten 1932 bis 1934.

Monat	1932	1933	1934
Januar . . .	67	104	300
Februar . . .	78	134	350
März	66	144	343
April	79	146	343
Mai	55	141	354
Juni	60	123	371
Juli	66	122	396
August	91	149	410
September . .	81	179	427
Oktober	134	157	—
November . . .	133	186	—
Dezember . . .	117	193	—
Gesamt	1027	1778	—

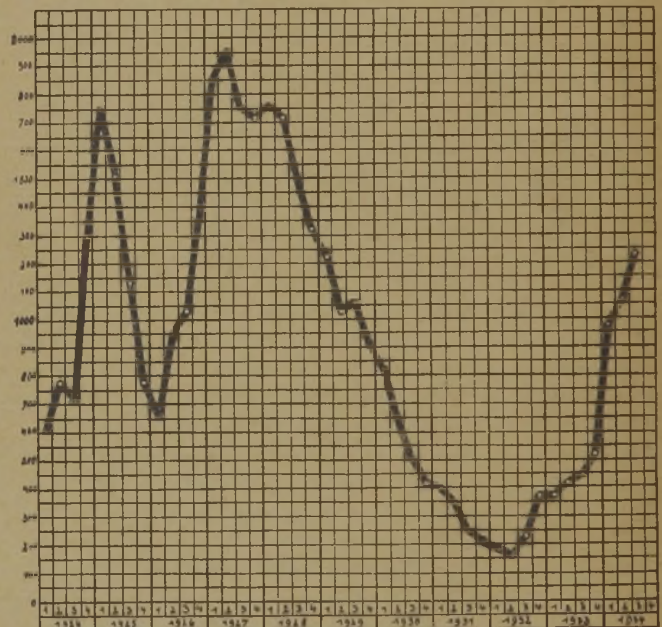
Ein unerfreuliches Kapitel sind schon immer die „Ziffer“- (anonyme) Anzeigen in der Fach- und Tagespresse gewesen. Schon vor vielen Jahren und immer wieder haben wir auf dieses Uebel und die mit ihm verbundenen Mißstände hingewiesen, namentlich aber auch auf den Mißbrauch, der mit der Anonymität betrieben wird. Wir haben früher einmal festgestellt, daß die Zahl solcher Zifferanzeigen stets relativ wächst, wenn die

Uebersicht II

Angeboteene Stellen für Diplom-Ingenieure in den Hauptfachgebieten in den einzelnen Monaten der Jahre 1932 bis 1934.

Monat	1932				1933				1934			
	Mw	B	St	A	Mw	B	St	A	Mw	B	St	A
Januar	27	6	15	16	62	5	19	18	184	43	32	41
Februar	29	6	23	20	64	16	34	20	180	49	36	85
März	25	4	23	14	68	15	31	30	209	47	36	51
April	31	9	18	21	79	24	27	16	231	46	42	24
Mai	28	2	11	14	71	17	36	17	234	50	33	32
Juni	22	7	18	13	63	15	30	15	234	70	44	23
Juli	24	5	25	12	66	8	20	28	276	52	39	29
August	40	9	20	22	90	16	20	23	251	78	30	51
Septemb.	43	3	17	18	88	32	33	26	252	59	62	54
Oktober	65	11	34	24	86	25	25	21	—	—	—	—
Novem.	63	11	23	36	105	29	30	22	—	—	—	—
Dezemb.	56	4	30	27	107	27	31	28	—	—	—	—

Lage des Arbeitsraumes für die Dienstnehmer sich verschlechtert, und umgekehrt. Vergleicht man die Zahl der „offenen“ Anzeigen (Angebote mit Namensnennung des



Ausschreibenden) mit den Zifferanzeigen, so ergibt sich folgendes Verhältnis:

Jahr	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934*
Off. Anz.:	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Ziff.-Anz.:	2,6	2,0	1,6	2,0	3,0	4,0	5,8	4,4	2,7

* 3 Vierteljahre!

Vergleicht man diese Verhältniszahlen mit der Linie des Schaubildes, so erkennt man den angegebenen Zusammenhang, der bestimmt kein Zufall ist! Es ist zu erwarten, daß mit steigendem Einzug neuen Geistes in die Wirtschaft auch hier eine Besserung eintritt. Diese „Gesetzlichkeit“ muß verschwinden, und die Zahl der Zifferanzeigen muß durch ihre Einschränkung auf die innerlich begründeten Fälle, die nur wenige sind, eine ver-schwindend geringe Höhe einhalten.

Lapieda.